

StD Müller erläutert den Antrag und die Voraussetzungen für die Anerkennung als „Staatlich anerkannter Erholungsort“. Sie ergänzt, dass die Kurort-Verordnung bis Ende 2011 befristet ist. Aktuell gibt es noch keinerlei Hinweise auf die zukünftige Verfahrensweise.

RM Schneider fragt an, ob die veranschlagten Kosten in Höhe von 15.000 € alle für die Prädikatisierung nötigen Maßnahmen und Gutachten beinhalten und ob die Stadt Schortens überhaupt das Potential hat, als „Staatlich anerkannter Erholungsort“ prädikatisiert zu werden. Weiterhin schlägt sie vor, das Gewerbe an den anfallenden Kosten zu beteiligen, da es stark von der Prädikatisierung profitiert.

BM Böhling erklärt, dass die Stadt die Kosten tragen sollte, da die Stadt von steigenden Steuereinnahmen profitiert und die Stadt insgesamt auch nach außen hin attraktiver dargestellt werden kann. Dieses kommt vielen zugute.

StD Müller erläutert, dass die veranschlagten 15.000 € alle nötigen Maßnahmen und Gutachten beinhalten. Sie ergänzt, dass Schortens das Potential hat, als „Staatlich anerkannter Erholungsort“ anerkannt zu werden.

RM Homfeldt führt aus, dass durch die Prädikatisierung ein Wettbewerbsnachteil in der Region ausgeglichen wird, da fast alle umliegenden Kommunen als Erholungsort anerkannt sind.

Nach weiterer kurzer Diskussion ergeht einstimmig folgender Beschlussvorschlag:

Der Verwaltungsausschuss möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die vorbereitenden Maßnahmen für den Antrag der Stadt Schortens auf „Staatlich anerkannter Erholungsort“ einzuleiten und anschließend den entsprechenden Antrag beim Land Niedersachsen zu stellen.